Erzgeb. Volksfreund.

Telegramm-Adresse: Volksfreund Schneeberg.

Fernsprecher: Schneeberg 10. Aue 81. Schwarzenberg 19

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Amtsblatt für die kgl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Nr. 170 | Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Festtagen. Abonnement monatlich 60 Pfg. Inserate im Ausgabebezirk der Normalzeile 12 Pfg., bestimmter Platz entsprechend mehr, im amtlichen Teil der Normalzeile 15 Pfg., Reklamezeile 45 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Für telefonische Inseratenaufnahme wird keine Gewähr übernommen. | Dienstag, den 25. Juli 1905. | Inseraten-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis Vormittag 11 Uhr. Eine Gewähr für die nächsttägige Aufnahme der Anzeigen bez. an den vorgeschriebenen Tagen sowie an bestimmter Stelle wird nicht gemacht, ebenso wird für die Richtigkeit telefonisch aufgegebener Anzeigen nicht garantiert. Unentgeltliche Aufnahme von Anzeigen findet nicht statt. Für Nachdruck redaktioneller Aufsätze aus dem Volksfreund ist die Redaktion verantwortlich. | 68. Jahrg.

Der in Sachen die Zwangsversteigerung des im Grundbuche für Schneeberg Blatt 165 auf den Namen Friedrich August **Möckel** eingetragenen Grundstücks betr., am

26. Juli 1905, vormittags 9 Uhr,

anstehende Versteigerungstermin wird aufgehoben.

Schneeberg, am 22. Juli 1905.

Königliches Amtsgericht.

Straßensperrung.

Die vordere Reichsstraße von der Bahnhof- bis zur Kirchstraße, wird **wegen Umpflasterung für den Durchgangsfahrverkehr** von heute ab bis auf weiteres **gesperrt.** Der Durchgangsfahrverkehr wird während der Bauzeit auf die Kirchstraße und auf den Brauhausberg verwiesen.

Aue, den 24. Juli 1905.

Der Rat der Stadt.
Dr. Kretzschmar, Bgmstr. Enders.

Nr. 32 und 33 des diesjährigen Reichsgesetzblattes sind erschienen und liegen in den Expeditionen der unterzeichneten Behörden 14 Tage lang zur Einsichtnahme aus.

Inhalt: Zusatzvertrag zum Handels- und Zollvertrage zwischen dem Deutschen Reiche und Belgien vom 6. Dezember 1891. — Bekanntmachung, betreffend die Bekämpfung der Reblaus in einigen Weinbaugegenden. — Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und anderen Staaten über Verwaltungsmaßregeln zur Gewährung wirksamen Schutzes gegen den Mädchenhandel. — Bekanntmachung, betreffend das in Paris am 18. Mai 1904 unterzeichnete Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und anderen Staaten über Verwaltungsmaßregeln zur Gewährung wirksamen Schutzes gegen den Mädchenhandel.

Die Stadträte von Aue, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg und Schwarzenberg, die Bürgermeister von Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt und Wildenfels, die Gemeindevorstände des amtshauptmannschaftlichen Bezirks Schwarzenberg.

Lauter. Als Wegewärter hiesiger Gemeinde ist Herr Hermann Richard **Berthus** aus Lauter in Pflicht genommen worden.

Lauter, am 22. Juli 1905.

Der Gemeinderat.
Herrmann, G.-V.

Lauter. Die am **1. August d. J. fällige Grundsteuer** per II. Termin und der in diesem Jahre mit zu erhebende Zuschlag von $^{4}/_{10}$ Pfennig auf jede beitragspflichtige Grundsteuereinheit zur Deckung des Bedarfs des Landeskulturrates ist längstens bis zum **15. August d. J.** zu bezahlen.

Bei Nichteinhaltung dieser Frist muß **unnachsichtlich zwangsweise Beitreibung** erfolgen.

Lauter, am 24. Juli 1905.

Der Gemeindevorstand.
Herrmann.

Für **3 Knaben** im Alter von 13, 11 und 8 Jahren wird in christlichen Familien Unterkunft gesucht.

Lauter, am 22. Juli 1905.

Der Ortsarmenverband.
Herrmann, G.-V.

Holzversteigerung auf Carlsfelder Staatsforstrevier.

Sonnabend, den 29. Juli 1905, von vorm. $^{1}/_{2}$9 Uhr an,

in der **Bahnhofsrestauration Wilzschhaus:**

9136	ficht.	**Klötzer**	von 7—15	cm Stärke,
6425	"	"	" 16—22	" "
4721	"	"	" 23—51	" "
600	"	**Reisstangen**	" 6 u. 7	" "
2	rm	ficht. **Nutzscheite,**		
52,5	"	" **Nutzknüppel,**		
494,5	"	" **Brennhölzer,**		
169	"	" **Stöcke.**		

Spezielle Verzeichnisse der zu versteigernden Hölzer werden, soweit der Vorrat reicht, auf Verlangen von der unterzeichneten Revierverwaltung abgegeben.

Kgl. Forstrevierverwaltung Carlsfeld. Kgl. Forstrentamt Eibenstock.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Schneeberg

Mittwoch, den 26. Juli 1905, abends 6 Uhr.

Wochenschau.

Schneeberg, 23. Juli.

Die von einem Londoner Nachrichten-Bureau gemachte Mitteilung, daß der Zar an Bord seiner Jacht „Polarstern" eine Reise unternehmen werde, um in den finnischen Gewässern den deutschen Kaiser zu treffen, erregt in England großes Aufsehen. Die „Morning Post" sagt nach einem Rückblick auf die historischen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Preußen und Rußland:

Der gegenwärtige deutsche Kaiser hat sich als ein Herrscher von großer Energie, Intelligenz und Charakterstärke gezeigt. Er hat eine siebzehnjährige Erfahrung als Herrscher, und die Jahre seiner Herrschaft waren für Deutschland Jahre des Friedens und beispiellosen Aufblühens. Der russische Kaiser ist jünger an Jahren und Erfahrung und hat sich in der letzten Zeit Schwierigkeiten gegenüber gesehen, die so groß sind, wie sie irgendein Monarch jemals zu bekämpfen hatte. . . . Es ist schwer für den russischen Herrscher, in seinem eigenen Lande einen uneigennützigen Ratschlag zu erhalten, und noch schwerer ist es für ihn, zu glauben, daß ein Ratschlag, der von einem Untertanen kommt, uneigennützig ist. Es ist deshalb wohl möglich, daß er in einem Meinungsaustausch mit einem Freunde und einem starken Manne, wie der deutsche Kaiser es ist, Erleichterung sucht. Der deutsche Kaiser besitzt große Eigenschaften. Er würde zweifellos die Tatsachen in der Unterredung mit dem russischen Kaiser deutlich darlegen und dem Zaren dadurch einen Dienst leisten. Wenn er sich äußert, so würde er sich als Freund äußern."

Trotz dieses Lobes auf den deutschen Kaiser und trotz der hohen Anerkennung, die das englische Blatt seinen Eigenschaften zollt, gibt es nach dieser Einleitung der Befürchtung Ausdruck, daß der Kaiser bei aller Freundschaft politische Ziele verfolgen könnte, die in Deutschlands Interesse liegen. Er werde sicherlich mit Freuden die Dienste Rußlands zur Vermittlung mit Frankreich annehmen, um seinen Lieblingswunsch, den eines Dreibundes zwischen Deutschland, Frankreich und Rußland, der Erfüllung näher gerückt zu sehen. Sollte Rußland ein Bündnis mit Japan abschließen, so werde wiederum Deutschland gern ein Mitglied des Bundes werden. Außerdem sei zu bedenken, daß Deutschland in verschiedenen Fragen, deren Lösung mit der Zeit erfolgen müsse, Rußlands Hilfe gebrauchen könne. Als solche Fragen betrachtet das Blatt: die unsichere Zukunft des österreichisch-ungarischen Reiches; die Lage in Norwegen; die Bagdad-Eisenbahnangelegenheit und die Marokko-Konferenz. Es sei, so meint die „Morning-Post", die traditionelle Politik Deutschlands, Rußland in inneren Unruhen behilflich zu sein und sich dadurch in internationalen Angelegenheiten die Unterstützung des Zarenreiches zu sichern. Das Blatt findet es „nicht unbedenklich", daß die Zusammenkunft in einem Augenblick stattfindet, wo sich eine tiefe Kluft zwischen der Autokratie und dem russischen Volke bildete, da ihres Erachtens keine Nation es gern sieht, daß ihr Herrscher unter dem Einfluß eines fremden Herrschers steht. — Aus dem allen scheint lediglich die große Sorge Englands hervorzuleuchten, daß Rußland in dieser schweren Zeit deutscherseits direkt oder indirekt irgendwelche diplomatische Hilfe erhält. Und darin hat die „Morning-Post" ganz recht, daß das den bewährten Ueberlieferungen der deutsch-russischen Beziehungen entsprechen würde.

In der Reihe der Niederlagen, welche die konservativ-unionistische Regierung Englands seit der Premierschaft Arthur Balfours, also seit Juli 1902 erlitten hat, ist die ihr am letzten Donnerstag in einer Irland betreffenden Angelegenheit im Unterhause beigebrachte die schwerste, die dem längst erschütterten Ansehen des Ministeriums den stärksten, vielleicht den tödlichen Stoß versetzt hat. Balfour hat zwar wiederholt derartige Niederlagen entweder mit Gleichgiltigkeit oder mit Spott über sich ergehen lassen. Beim Etat der irischen Schulverwaltung, bei dem gleichfalls als „Protest", d. h. nach kontinentalem Ausdruck als Mißtrauensvotum, ein Abstrich von 100 Pfund gemacht worden war, erklärte er beispielsweise, daß die Regierung sich damit einverstanden erkläre, wenn die Iren für ihr Schulwesen 100 Pfund weniger brauchen wollten. Im jetzigen Falle aber erklärte er, er müsse sich erst „mit der Lage vertraut machen," d. h. sich mit den übrigen Mitgliedern des Kabinetts über die weiteren Schritte beraten. Verschärft wird die Niederlage der Regierung zweifellos dadurch, daß der Premierminister erst vorigen Dienstag eine Parteiversammlung der Majorität einberufen hatte, in der er sich besonders über die Lauheit vieler Mitglieder der Mehrheit beklagte. Nach der Andeutung Balfours kann man wohl vermuten, daß er vom König die Genehmigung zur Auflösung des Unterhauses zu erbitten beabsichtigt. Damit wäre das Ziel des eifrigen Strebens der Opposition erreicht, die ja wegen des für die Konservativen so überaus ungünstigen Resultates fast aller Neuwahlen seit drei Jahren auf einen entschiedenen Wahlsieg hofft. Leider ist zu befürchten, daß die skrupellosen Anhänger von Chamberlains Großengländertum bei der Wahlbewegung wieder hauptsächlich gegen Deutschland ihr verhetzendes Handwerk treiben und dadurch die noch durchaus nicht friedliche internationale Situation aufs neue komplizieren werden.

Der in Moskau versammelte Kongreß der russischen Semstwos und der Städte hat seine Tagung begonnen und einen Versuch der Polizei, die Sitzungen zu inhibieren, als ungesetzlich zurückgewiesen, worauf den Verhandlungen nichts weiter in den Weg gelegt wurde. Bisher scheint die aus etwa 200 Personen bestehende Versammlung tatsächlich bestrebt zu sein, ihre Beschlüsse im Rahmen des Erreichbaren oder doch Diskutablen zu halten. Das Projekt des Ministers Bulygin zur Schaffung einer russischen Volksvertretung wurde als ungeeignet befunden, weil es weder das allgemeine Stimmrecht zulasse noch der geplanten Duma gesetzgeberische Rechte gewähre; auch müsse ihr eine Kontrolle über die Gesetzlichkeit der Verwaltung zustehen. Ein vom Kongreßbureau selbst ausgearbeiteter Entwurf einer Konstitution, über deren Inhalt noch wenig Zuverlässiges verlautet hat, wurde sodann angenommen, außerdem eine Resolution, die sich gegen Willkür und Uebergriffe der Verwaltungsbeamten wendet. Anscheinend kommt es den Beratungen des Kongresses indirekt zugute, daß von weiteren Unordnungen größeren Maßstabs im Lande nichts verlautet. Die Nachricht von einem Attentat auf Pobjedonoszew wurde alsbald widerrufen.

Im „näheren Orient" hat das Bombenattentat in Konstantinopel, das zwar den Sultan Abdul Hamid unverletzt ließ, aber zahlreiche blutige Opfer forderte, wieder die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, wie sehr dort geheime Mächte fortwährend an der Arbeit sind. Noch weiß man nicht, von welcher Nationalität und politischen Gesinnung der Attentäter war; der greuelvolle Anschlag beleuchtet aber hell die ewige Gärung, in der das Völkergemisch auf der Balkanhalbinsel begriffen ist. Die revolutionären Vorgänge in Rußland mögen ebenso wie die ununterbrochenen Wirren in Mazedonien dazu beigetragen haben, die Geister des Umsturzes in der Türkei wieder zu beleben.

Auf Kreta hat die Androhung seitens der Konsuln, daß die Mächte bei Fortdauer des Aufstands den Belagerungszustand verhängen würden — während bei Niederlegung der Waffen Amnestie und innere Reformen eintreten sollten —, nichts gefruchtet. Nach neuerer Meldung breitet sich die Insurrektion vielmehr noch weiter aus, und die Junta von Therisso, deren leitendes Organ, hat beschlossen, sich nach Athen zu wenden. Es gewinnt also immer mehr den Anschein, als ließen sich strengere Maßregeln nicht dauernd vermeiden.

Die augenblickliche Kriegslage in Ostasien läßt erkennen, daß die japanische Oberleitung bestrebt ist, jetzt möglichst viele Punkte auf russischem Gebiet zu okkupieren. Ein beträchtlicher Teil der Insel Sachalin befindet sich bereits in japanischer Gewalt, und nach einer neuen russischen Meldung sind auch japanische Kriegsschiffe an der Küste von Nikolajewsk, also unweit Wladiwostok, gesichtet worden. Im Gegensatz zu den rein taktischen Operationen auf dem mandschurischen Schauplatze ist es längs der Küsten auf möglichst zahlreiche Einzelerfolge für die japanischen Waffen abgesehen, ein Verfahren, das man schon in analogen früheren Fällen als „politische Kriegführung" bezeichnet hat, ein Ausdruck, der angesichts der bevorstehenden Verhandlungen in Amerika hier ganz besonders zutreffen dürfte.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Elbing, 23. Juli. (W. T. B.) Zur Einweihung des Denkmals Kaiser Wilhelms I. trafen die Kaiserin und die Prinzen Eitel Friedrich, Adalbert und Oskar, vom Publikum lebhaft begrüßt, heute vormittag um 11 Uhr hier ein. Zur Feier waren u. a. erschienen Kultusminister Dr. Studt, Fürst zu Dohna-Schlobitten, General der Infanterie v. Braunschweig, Generalleutnant v. Mackensen und die Spitzen der Behörden. Nach der Festrede des Oberbürgermeisters Elditt, wurde das Denkmal enthüllt. Prinz Eitel Friedrich legte als Vertreter des Kaisers einen Kranz am Denkmal nieder. Um 12$^{1}/_{2}$ Uhr erfolgte die Abfahrt der Kaiserin und des Prinzen Oskar nach Cadinen. Die Prinzen Eitel Friedrich und Adalbert nahmen an dem um 2 Uhr beginnenden Festmahl teil, auf dem Prinz Eitel Friedrich eine Ansprache hielt, die in ein Hurrah auf